

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
AUSSCHUSSES FÜR JUGEND,
FAMILIEN, SENIOREN UND
SOZIALES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
08. JUSO 2009-2014
Sitzungsdatum:
15.02.2011

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 15.02.2011

Unter dem Vorsitz des Ausschussvorsitzenden Hans-Georg Overländer versammelte sich heute um 17:00 Uhr Mehrgenerationenhaus, Bahnhofstraße 14, der

Ausschuss für Jugend, Familien, Senioren und Soziales

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Städtische Seniorennachmittage 2011
hier: Maßnahmen zur Kostenreduzierung
3. Bericht über die Arbeit des Städtischen Mehrgenerationenhauses und deren Zukunftsperspektiven
4. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

B) Nichtöffentliche Sitzung

5. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel	SPD
Herr Franz Bergstein	UWG
Herr Fred Fröschen	CDU
Herr Josef Fröschen	CDU
Herr René Langa	CDU
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Frau Eva Maria Piez	SPD
Herr Winand Ruland	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG

als Vertreterin für Stadtverordnete
Dieckmann

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Hans-Josef Krawanja SPD
Frau Marion Wissing B'90/Die Grünen

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch erst ab TOP 2
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek bis Ende TOP 2
Herr Volkhard Dörr
Frau Doris Linden-Mahr

Schriftführer

Frau Stadtinspektorin Jutta Gündling

Abwesende

Frau Heiderose Mallmann FDP
Herr Steven McLarren CDU
Frau Sandra Ohlenforst CDU

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Ausschussvorsitzender Overländer alle anwesenden Ausschussmitglieder und seitens der Verwaltung den Ersten Stadtbeigeordneten, Herrn Piotrowski, den Leiter des Haupt- und Personalamtes, Herrn Waliczek, den Leiter des Amtes für Soziale Angelegenheiten und Personenstand, Herrn Dörr, und die Schriftführerin, Frau Gündling. Einen besonderen Gruß richtete er an Frau Linden-Mahr, die Leiterin des Mehrgenerationenhauses.

Er stellte fest, dass die Einladung zur heutigen Sitzung fristgerecht zugestellt wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Änderungen zur Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

Stadtverordneter Josef Fröschen gab bekannt, dass die CDU Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung eine Frage an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Beschluss:

Die Niederschrift der 7. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familien, Senioren und Soziales vom 18.01.2011 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 **Städtische Seniorennachmittage 2011** **hier: Maßnahmen zur Kostenreduzierung**

Ausschussvorsitzender Overländer eröffnete den Tagesordnungspunkt 2 und begrüßte den Bürgermeister, Herrn Jungnitsch. Anschließend übergab das Wort an Stadtoberverwaltungsrat Waliczek.

Stadtoberverwaltungsrat Waliczek erklärte, dass die von der Verwaltung erarbeitete Sitzungsvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt eine Diskussionsvorlage für den Ausschuss sein solle. Die in der Sitzungsvorlage vorgeschlagenen Maßnahmen seien das Ergebnis einer intensiven Diskussion innerhalb der Verwaltung und stellten eine Diskussionsgrundlage für den Ausschuss dar. Aus diesem Grund habe man auch keinen konkreten Beschlussvorschlag formuliert.

Ausschussvorsitzender Overländer eröffnete die Diskussionsrunde.

Stadtverordnete Bartel schlug vor, die Sitzungsvorlage systematisch, von Punkt zu Punkt zu diskutieren.

Stadtverordneter Josef Fröschen stimmte dem Vorschlag der Stadtverordneten Bartel zu, merkte aber an, dass er nur wenig gegen die Sitzungsvorlage einzuwenden habe. Es gäbe seiner Meinung nach zwei Möglichkeiten. Entweder segne man die vorgeschlagenen Maßnahmen der Verwaltung ab oder man würde alles beim alten belassen. Bei der zweiten Möglichkeit hätte man dann jedoch das Problem, dass die Kommunalaufsicht die Durchführung der Seniorennachmittage nicht genehmigen würde.

Ausschussvorsitzender Overländer wies daraufhin, dass Bürgermeister Jungnitsch schon in seiner Rede bei den Seniorennachmittagen im letzten Jahr angemerkt hätte, dass es mögliche Einsparungen und Veränderungen bei der Durchführung der Seniorennachmittage im Jahr 2011 geben könne, damit man diese freiwillige Aufgabe weiterhin für die Senioren der Stadt anbieten könne. Man müsse daher die Kosten senken und Lösungen finden und dies sei auch die Prämisse für diese Sitzungsvorlage gewesen. Desweiteren wies er darauf hin, dass auch bei den von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen die Erreichbarkeit der Einsparungen noch in Frage stehen würde.

Stadtverordnete Bartel sagte, dass man grundsätzlich froh sei, dass man die Seniorennachmittage fortsetzen könne und dass es auch klar sei, dass man Kosten sparen müsse. Trotzdem müsse man ihrer Meinung nach, über ein paar Punkte der Tischvorlage, zum Beispiel über die Punkte 3 und 5, noch nachdenken beziehungsweise hätte sie noch ein paar Detailfragen zu diesen Punkten.

Stadtverordneter Josef Fröschen schlug vor von Punkt zu Punkt vorzugehen und diese dann im Ausschuss zu diskutieren, anstatt nur einzelne Punkte aufzugreifen.

Die anwesenden Ausschussmitglieder stimmten diesem Vorgehen zu und Ausschussvorsitzender Overländer übernahm das Wort.

Ausschussvorsitzender Overländer erläuterte die erste vorgeschlagene Maßnahme der Verwaltung und fragte die Ausschussmitglieder, ob sie gegen Punkt 1 Einwände hätten. Dies war nicht der Fall.

Danach ging er zum 2. Punkt über, erklärte auch diesen und merkte an, dass der Ausschuss sehr lange die Eintrittspreise auf 3 € gehalten habe. Er gab den Punkt zur Diskussion frei.

Stadtverordnete Bartel gab bekannt, dass sie grundsätzlich mit der Preiserhöhung von 3 € auf 5 € einverstanden sei. Sie stelle aber in Frage, ob bei den erhöhten Eintrittspreisen noch die gleiche Besucherzahl erreicht werden könne. Danach wies sie daraufhin, dass in dem Eintrittspreis viele Leistungen für die Senioren enthalten seien und zählte den Fahrdienst, das professionelle Programm und die Verpflegung während der Veranstaltung auf. Aufgrund der vielen enthaltenden Leistungen könne man die Preiserhöhung mittragen.

Stadtverordneter Ruland schloss sich der Meinung der Stadtverordneten Bartel an, fügte aber hinzu, dass er sehr optimistisch sei und glaube, dass die Besucherzahl nicht abnehmen werde. Seiner Meinung nach werden die Senioren in Übach-Palenberg Verständnis für die Preiserhöhung haben.

Stadtverordneter Bergstein gab bekannt, dass er die Preiserhöhung für angebracht halte. Er wies auf den demografischen Wandel hin und dass es immer mehr ältere Menschen in Übach-Palenberg gebe. Er erklärte, dass die Seniorennachmittage eine große Bedeutung für die Senioren hätten und dass man die Seniorennachmittage für diese mit Weihnachten vergleichen könne. Würden die Seniorennachmittage aus Kostengründen nicht stattfinden wäre es genau so schlimm für die Senioren, als würde Weihnachten ausfallen.

Stadtverordneter Josef Fröschen griff Stadtverordnete Bartels Ängste wegen der Besucherzahlen auf und verwies darauf, dass im Ü-Bad auch die Eintrittspreise erhöht worden seien. Er habe aber bei einem Besuch erfahren, dass trotz der Preiserhöhung die Besucherzahlen gleich geblieben seien, sich nur das Publikum geändert habe.

Stadtverordnete Weinhold wies die Anwesenden darauf hin, dass es sich bei den Seniorennachmittagen um eine freiwillige Leistung handele. Mit der Erhöhung der Eintrittspreise seien die Erfolgsmöglichkeiten höher, dass die Aufsichtsbehörde der Durchführung der Seniorennachmittage zustimmen würde.

Sachkundiger Bürger Krawanja sagte, dass die Senioren wollen würden, dass die Veranstaltung stattfindet. Er gab jedoch zu bedenken, dass 70 % eine mächtige Erhöhung seien und nicht jede Seniorin oder jeder Senior 5 € beziehungsweise, wenn sie als Paar gehen würden, 10 € zahlen könnten. Viele Senioren hätten nur eine sehr kleine Rente.

Ausschussvorsitzender Overländer fragte, ob man als Zwischenergebnis festhalten könne, dass es keine Einwände gegen die Erhöhung der Eintrittspreise von 3 € auf 5 € geben würde. Die Ausschussmitglieder stimmten ihm zu. Er ging daraufhin zum 3. Punkt über.

Stadtverordneter Josef Fröschen erklärte, dass er schon bei dem Nachbericht zu den Seniorennachmittagen 2010 gesagt hätte, dass es ein Übel sei, dass die Vorverkaufsstellen eine Bearbeitungspauschale von 40 € erhalten würden. Er habe mit 2 weiteren Damen aus dem Seniorenverein Boscheln sehr viele Karten verkauft. Man müsse die Gewerbetreibenden ansprechen und fragen, ob sie die Karten ohne Bearbeitungspauschale verkaufen würden. Er und der Seniorenverein Boscheln würden, wenn sich in Boscheln kein Gewerbetreibender dafür zur Verfügung stellen würde, die Karten an alle Senioren aus Boscheln verkaufen.

Ausschussvorsitzender Overländer erläuterte, dass die verschiedenen Vorverkaufsstellen die Wege der Senioren verkürzen sollten. So müssten die Senioren aus Scherpenseel oder Windhausen nicht extra zur Servicestelle im Rathaus fahren. Er plädierte dafür, die Verwaltung entscheiden zu lassen, ob die Bearbeitungspauschale gestrichen oder reduziert werde.

Stadtverordnete Bartel fragte, wo es denn die Vorverkaufsstellen gebe und welche Geschäfte die Karten verkaufen würden.

Stadtoberverwaltungsrat Waliczek gab bekannt, dass das Lottogeschäft Doris Udvary in Scherpenseel, die Buchhandlung Funken in Übach, das Lottogeschäft Irmgard Weber in Marienberg, das Lottogeschäft Hans Strobl in Boscheln, Tabak, Presse und Schreibwaren Michael Schneidersmann in Palenberg und Lotto-Post Norbert Frensch in Frelenberg die Karten verkaufen würden. Diese würden jedoch schon kostenlos die Karten für die Benefizkonzerte der Stadt verkaufen. Desweiteren sei zu beachten, dass den Vorverkaufsstellen auch zusätzliche Arbeit durch den Verkauf der Karten entstehen würde.

Stadtverordnete Bartel bot an, dass sie zukünftig die Karten im Stadtteil Scherpenseel verkaufen könne.

Stadtverordneter Josef Fröschen sagte, dass die Stadtverwaltung probieren solle die 240 € bei den Vorverkaufsstellen einzusparen. Die Verwaltung solle bei diesem Punkt selber handeln.

Alle Ausschussmitglieder waren mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Ausschussvorsitzender Overländer erläuterte den 4. Punkt und stellte fest, dass die Blumendekoration nicht erforderlich sei. Dieser Meinung waren auch alle anderen Ausschussmitglieder. Danach eröffnet er die Diskussion zu Punkt 5 der der Sitzungsvorlage.

Stadtverordnete Bartel merkte an, dass es vielleicht stilmäßig nicht so

gut bei den besonders eingeladenen Gästen ankommen könnte, wenn diese ihre Eintrittskarte bezahlen müssten. Sie schlug vor ein Sparschwein auf die VIP-Tische zu stellen, sodass die besonders geladenen Gäste eine kleine Spende für die Seniorennachmittage einwerfen könnten.

Stadtverordneter Ruland sagte, dass es in der Öffentlichkeit gut ankommen würde, wenn auch die besonders geladenen Gäste, wie zum Beispiel Rats- und Ausschussmitglieder, auch ihre Karten bezahlen müssten. So würde man sich mit den Senioren gleichstellen. Das käme besser an als eine Spende in ein Sparschwein zu werfen.

Sachkundige Bürgerin Wissing fügte hinzu, dass die Rats- und Ausschussmitglieder nach ihrer Auffassung durchaus in der Lage seien, die Eintrittskarte für die Seniorennachmittage zu bezahlen. Das sei bei den Senioren nicht immer der Fall. Sie schlug vor das Sparschwein zusätzlich aufzustellen um noch weitere Einnahmen zu erzielen.

Stadtverordneter Bergstein begrüßte den Vorschlag der Sachkundigen Bürgerin Wissing.

Stadtverordneter Josef Fröschen sagte, dass auch zu überlegen sei, ob auch andere Gäste, die bisher mit Freikarten ausgestattet wurden, weiterhin in den Genuss der Freikarten kommen sollen.

Sachkundige Bürgerin Wissing riet grade wegen der finanziellen Lage dazu, Eintritt von den VIP's zu verlangen und zusätzlich noch das Sparschwein aufzustellen. Dies sei kein Stilbruch, sondern auch bei anderen Veranstaltungen gang und gebe.

Sachkundiger Bürger Krawanja merkte an, dass die Spende durch das Sparschwein nicht mehr freiwillig sei, sondern man sich dadurch verpflichtet fühlen würde Geld einzuwerfen.

Stadtverordnete Piez erklärte, dass nicht die Rede davon sei mit dem Sparschwein rumzugehen, sondern dieses am Eingang zu platzieren. Das Sparschwein solle kein Zwang sein. Wer möchte könne etwas Spenden.

Stadtverordneter Bergstein plädierte für das Sparschwein und zusätzlich noch die Platzreservierung für die besonders geladenen Gäste wegzulassen. So würden die Senioren sehen, dass auch diese normale Eintrittskarten kaufen müssten.

Ausschussvorsitzender Overländer bemerkte, dass es nicht vorteilhaft sei, wenn die Platzreservierung ganz wegfalle.

Stadtverordnete Piez sagte, dass die Aufhebung der Platzreservierung auch gerade für berufstätige Gäste von Nachteil wäre. Jeder wisse wie früh die Senioren für gute Plätze kommen würden und dies sei für Berufstätige nicht möglich.

Ausschussvorsitzender Overländer schlug vor, dass der Bürgermeister

in seiner Rede darauf hinweisen könnte, dass auch die Rats- und Ausschussmitglieder sowie andere besonders geladene Gäste ihre Eintrittskarte bezahlt hätten.

Stadtverordnete Bartel erklärte, dass der reservierte Tisch auch wichtig für die Erkennbarkeit sei. So wüssten die Senioren genau wer da war und der Rat und der Ausschuss für Jugend, Familie, Senioren und Soziales würden repräsentiert werden.

Ausschussvorsitzender Overländer fasste zusammen, dass der Ausschuss mit Punkt 5 der Sitzungsvorlage einverstanden sei, man zusätzlich noch ein Sparschwein an allen Eingängen aufstellen solle und die Platzreservierung für die besonders geladenen Gäste beibehalten werde. Er machte weiter mit dem 6. Vorschlag und betonte, dass man mit dieser Einnahme zwar Mehreinnahmen von 80 € erzielen könne, man aber bedenken müsse, dass die Partnergemeinde Landgraaf jedes Jahr kostenlos 50 Karten für das Konzert des Sinfonieorchesters zur Verfügung stelle. Er schlug vor die 6. Maßnahme zu streichen.

Stadtverordneter Ruland gab bekannt, dass sich die CDU-Fraktion diesem Vorschlag anschließen werde.

Stadtverordnete Piez sagte, dass auch die SPD-Fraktion für die Streichung dieses Einsparvorschlags sei. Desweitem regte sie dazu an, das Landgraaf Sinfonieorchester, welches ihrer Meinung nach sehr gut spiele, für die Seniorennachmittage oder den Bürgerempfang einzuladen. Die musikalische Qualität sei sehr gut und auch der Preis wäre angemessen.

Stadtverordneter Bergstein erklärte, dass auch die UWG-Fraktion mit dem Vorschlag des Ausschussvorsitzenden einverstanden sei.

Als nächstes erläuterte **Ausschussvorsitzender Overländer** die 7. Maßnahme.

Stadtverordnete Bartel erklärte, dass sie bei dieser Maßnahme noch einen Punkt weiter gehen würde und vorschlage 2 Busse zu streichen. Die Busse seien ihrer Erfahrung nach bei der Abfahrt nicht gut gefüllt. So würde man zusätzlich 195 € sparen und hätte einen Ausgleich für die Streichung der 6. Maßnahme.

Stadtoberverwaltungsrat Waliczek erklärte, dass der Verwaltung keine verlässlichen Zahlen über die Nutzung der Busse vorlägen. Man habe aber schon beschlossen, in diesem Jahr die Nutzung der Busse zu beobachten. Daher wolle man den Fahrservice erst um einen Bus kürzen und aus den Resultaten der Überprüfung Schlüsse für das nächste Jahr ziehen.

Stadtverordneter Josef Fröschen sagte, er fahre immer mit dem angebotenen Busservice zu den Seniorennachmittagen. Auf dem Hinweg seien die Busse nur spärlich besetzt, auf der Rückfahrt jedoch proppvoll. Er merkte an, dass er mit der Arbeit der Johanniter und des Deutschen Roten Kreuzes während der Busfahrten nicht zufrieden sei. Die Helfer müssten

den Gästen beim Einsteigen und Aussteigen besser behilflich sein.

Ausschussvorsitzender Overländer machte den Vorschlag, dass die Verwaltung die Anzahl der eingesetzten Busse für die Seniorennachmittage 2011 selber bestimmen solle. Gegen den geäußerten Vorschlag gab es keine Einwände seitens der Ausschussmitglieder. Danach verlas der Ausschussvorsitzende die 8. Maßnahme der Sitzungsvorlage. Die Ausschussmitglieder befürworteten diese einstimmig.

Als nächstes wurde die 9. Maßnahme besprochen.

Stadtoberverwaltungsrat Waliczek erklärte, dass die Verwaltung schon Ideen für das Bühnenprogramm der nächsten Seniorennachmittage habe und bei manchen Künstlern die Termine reserviert hätte. Man habe aber das Votum des Ausschusses abwarten wollen, bevor man genauer plane. Wenn der Ausschuss damit einverstanden sei, dass man keine Einsparungen am Programm vornehme, werde man in der nächsten Ausschusssitzung am 05.04.2011 Programmvorschläge mit den dazugehörigen Kosten vorstellen.

Ausschussvorsitzender Overländer betonte, dass es ein wichtiges Ziel sei, das Niveau des Bühnenprogramms beizubehalten.

Stadtverordnete Bartel erklärte, dass das Niveau des Bühnenprogramms der Dreh- und Angelpunkt der Seniorennachmittage sei und man daher lieber nicht experimentieren sollte und keine unsicheren Faktoren einbringen sollte.

Ausschussvorsitzender Overländer fasste zusammen, dass der Ausschuss damit einverstanden sei, dass am professionellen Bühnenprogramm nicht gespart werden soll.

Daraufhin wurden die Maßnahmen 10 und 11 besprochen gegen die es seitens des Ausschusses keine Einwendungen gab.

Stadtverordneter Josef Fröschen merkte zur 11. Maßnahme an, dass es für die Senioren sehr wichtig sei vor Einbruch der Dunkelheit zu Hause zu sein.

Ausschussvorsitzender Overländer wies auf den Schlusssatz der Sitzungsvorlage hin. Er bemerkte, dass es das Wunschenken aller sei, das Defizit weiterhin durch Sponsoring reduzieren zu können.

Stadtverordneter Bergstein sagte, dass die Einführung von Sonderkarten bei den letzten Seniorennachmittagen reibungslos funktioniert hätte und man diese daher auch für das Jahr 2011 verkaufen solle.

Ausschussvorsitzender Overländer erklärte, dass die Ausschussmitglieder auch in diesem Jahr tatkräftig mithelfen werden, um die reservierten Plätze für die Besitzer der Sonderkarten freizuhalten.

Stadtverordneter Josef Fröschen fügte hinzu, dass sie dazu keine Hilfe seitens der Verwaltung benötigen würden.

Ausschussvorsitzender Overländer fasste zusammen, dass man der Sitzungsvorlage viele Sparvorschläge entnehmen könne und dass der Wille erkennbar sei, dass man die Seniorennachmittage fortsetzen wolle. Er schlug vor die Sitzungsvorlage bis auf die 6. Maßnahme als Beschluss zu fassen. Die beschlossenen Anmerkungen zu den einzelnen Maßnahmen, die der Niederschrift zu entnehmen seien, sollten noch hinzugefügt werden und dass in der nächsten Sitzung am 05.04.2011 Programmvorschläge seitens der Verwaltung vorgestellt werden.

Beschluss:

Für die städtischen Seniorennachmittage 2011 sollen folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

1. Im Bereich der Verpflegung wird es, wie auch in den Vorjahren, Kuchen und Brötchen geben.
2. Die Eintrittspreise pro Karte werden von 3 € auf 5 € erhöht.
3. Die Verwaltung hat zu prüfen, ob die bis dato an die Vorverkaufsstellen gezahlte Bearbeitungspauschale von 40 € ganz eingespart oder verringert werden kann.
4. Auf die Blumendekoration auf den Tischen wird verzichtet. Anstelle dessen werden Servietten in den Stadtfarben auf den Tischen ausgelegt.
5. Auch die besonders eingeladenen Gäste (VIP), wie zum Beispiel Rats- und Ausschussmitglieder müssen zukünftig die Eintrittskarten kaufen. Desweiteren werden Sparschweine an den Eingängen im pädagogischen Zentrum aufgestellt.
6. Die Verwaltung wird entscheiden, ob für den Busservice an beiden Veranstaltungstagen die Anzahl der Busse reduziert werden kann.
7. Die Getränkepreise werden nicht erhöht. Der Preis bleibt bei 1,00 € pro Getränk.
8. Am Bühnenprogramm der Seniorennachmittage wird nicht gespart bzw. nichts geändert werden, da es die Hauptattraktion des Nachmittags ist. In der nächsten Sitzung am 05.04.2011 werden die Programmvorschläge mit den dazugehörigen Kosten vorgestellt.
9. An der Technik für die Seniorennachmittage wird nicht gespart.

10. Der Beginn der Seniorennachmittage wird um eine Stunde nach vorne gelegt. Die Veranstaltung findet demnach ab 14.00 Uhr im pädagogischen Zentrum statt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Bericht über die Arbeit des Städtischen Mehrgenerationenhauses und deren Zukunftsperspektiven

Ausschussvorsitzender Overländer begrüßte die Leiterin des Mehrgenerationenhauses, Frau Linden-Mahr, zum Tagesordnungspunkt 3 und übergab das Wort an sie.

Frau Linden-Mahr begrüßte alle Anwesenden und sagte, dass sie sich sehr über den Besuch des Ausschusses im Mehrgenerationenhaus freue. Daraufhin stellte sie mit Hilfe einer Powerpoint Präsentation ausführlich die Arbeit im Mehrgenerationenhaus sowie Weiterentwicklungsperspektiven vor. Einen Schwerpunkt setzte sie auf die bestehenden Zielvereinbarungen mit dem Bund und deren Umsetzung sowie die erweiterte Aufgabenstellung an das Mehrgenerationenhaus, die durch die Schwerpunkte des neuen Förderprogramms des Bundes entstehen wird. Die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 1 zu TOP 3** angefügt.

Ausschussvorsitzender Overländer bedankte sich bei Frau Linden-Mahr für den ausführlichen Vortrag und sagte, dass das Mehrgenerationenhaus ein sehr großes Spektrum abdecken würde und die Arbeit dort sehr vielseitig sei. Er fragte, was wäre, wenn das Mehrgenerationenhaus nicht mehr gefördert werden könne.

Frau Linden-Mahr erklärte, dass sie in dem Fall auf die Unterstützung der Stadt Übach-Palenberg hoffen würde. Sie erläuterte, dass eine kostendeckende Arbeit leider nicht immer möglich wäre. Sie merkte an, dass das Mehrgenerationenhaus das einzige im Kreis Heinsberg sei.

Ausschussvorsitzender Overländer gab den Tagesordnungspunkt 3 zur Diskussion frei.

Sachkundiger Bürger Krawanja fragte, wann man den Bescheid über die neue Förderung bekommen würde.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski verwies auf den Bericht zur Sitzungsvorlage und erklärte, dass die genauen Bedingungen, die ausschlaggebend für eine neue Förderung seien, noch nicht vorlägen. Bis jetzt wisse man nur, dass Pflege und Integration neue Schwerpunkte des Förderprogramms darstellen werden. Es bestehe aber ein sehr großes Interesse, die Fördermittel des Bundes zu erhalten, um damit eine Folgefinan-

zierung gewährleisten zu können. Es existiere natürlich auch die Zielsetzung, dass sich das Mehrgenerationenhaus durch viele ehrenamtliche Helfer verselbstständige, dies sei jedoch problematisch. Um das Mehrgenerationenhaus mit Leben zu füllen und neuen Angeboten anbieten zu können, bräuhete man hauptamtliche Fachkräfte, wie zum Beispiel Frau Linden-Mahr.

Stadtverordnete Bartel sagte, dass der Vortag sehr informativ gewesen sei und die Bürger aus Übach-Palenberg stolz sein müssten, ein Mehrgenerationenhaus wie dieses in ihrer Stadt zu haben. Sie fragte, wie man die neuen Förderpunkte umsetzen wolle und diese in die praktische Arbeit integrieren könne.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski erklärte, dass der Leiter des Amtes für Soziale Angelegenheiten und Personenstand schon viele Ideen hätte. Dieser sei kommunaler Pflegeplaner für den Kreis Heinsberg, Integrationsbeauftragter der Stadt Übach-Palenberg und würde sich jetzt auch ausführlich mit der Einführung in das Thema Pflege beschäftigen.

Verwaltungsangestellter Dörr erklärte, dass das Mehrgenerationenhaus schon optimal für die neuen Anforderungen ausgerichtet sei. In der Ideenbörse wären schon interessante Entwürfe entstanden. Man müsse zukünftig neue Angebote anbieten. Denkbar wäre zum Beispiel eine Informationsveranstaltung zum Thema Pflege. An dieser könnten dann Betroffene sowie auch Angehörige teilnehmen. Ziel wäre es dabei eine Art Informationsdatenbank zum Thema Pflege zu erstellen. Das Feld der Integration würde im Mehrgenerationenhaus schon durch das Projekt „Gangway“ gelebt werden. Dieses würde interkulturelle Angebote für Frauen mit Migrationshintergrund anbieten. Den Schwerpunkt „Integration und Bildung“ werde damit schon inhaltlich, aber auch personell abgedeckt werden. Er fügte hinzu, dass man ein attraktives Programm schaffen müsse, um die Förderung zu bekommen. Desweiteren sagte er, dass man mit der Einführung der Ehrenamtskarte schon auf dem richtigen Weg sei. Auch hinsichtlich der Altenhilfeplanung sei er sehr zuversichtlich. Verwaltungsangestellter Dörr sehe im Mehrgenerationenhaus ein hohes Potenzial. Man müsse nur noch die exakten Rahmenbedingungen abwarten, um sich für das neue Förderprogramm qualifizieren zu können.

Stadtverordneter Bergstein sagte, dass viele Aufgaben von Ehrenamtlichen wahrgenommen werden und erkundigte sich nach der Arbeitsaufteilung im Mehrgenerationenhaus zwischen haupt- und ehrenamtlich beschäftigten Mitarbeitern.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski erklärte, dass das Arbeitspensum der hauptamtlich beschäftigten Mitarbeiter aus finanziellen Gründen schon runtergefahren worden sei. Die anfallende Arbeitsbelastung sei aber sehr hoch, sodass es eine beachtliche Leistung sei, die angebotenen Leistungen mit einem so engen Personalkorsett durchführen zu können.

Frau Linden-Mahr erklärte, dass die Mitarbeiter; Frau Zahn und Herr Schäfer, auch sehr viel Zeit in Projekte investieren müssten, wie zum Bei-

spiel das Jahr des Ehrenamtes oder den Zug der Erinnerung. Durch die ehrenamtliche Hilfe wäre es ihr, als Ansprechpartnerin, schon besser möglich für die Senioren erreichbar zu sein und hätte somit, zum Beispiel auch die Zeit, um Kritik und Anregungen anzunehmen.

Stadtverordneter Josef Fröschen fragte wie viele Zeitstunden das Mehrgenerationenhaus geöffnet habe.

Frau Linden-Mahr teilte mit, dass es täglich von 08.30 Uhr bis 22.00 Uhr genutzt werde. Von Montag bis Donnerstag werde ein Frühstück angeboten, dass von 09.00 Uhr bis 11.30 gehen würde. Nach dem Frühstück gäbe es einen täglich Mittagstisch und manchmal noch eine Tasse Kaffee. Bis 14 Uhr werde das Mehrgenerationenhaus für diese Angebote genutzt, danach durch Vereine und Gruppen. An manchen Tagen habe man jetzt jedoch auch nachmittags noch Zeit für eigene Angebote, da der Schachverein und noch ein weiterer Verein das Mehrgenerationenhaus nicht mehr nutzen würden, da sie nun eigene Räume besäßen. Am Wochenende fänden auch viele Veranstaltungen im Mehrgenerationenhaus statt.

Sachkundiger Bürger Krawanja fragte, ob die Hausaufgabenbetreuung ehrenamtlich organisiert sei.

Frau Linden-Mahr antwortete, dass für die Hausaufgabenbetreuung eine Honorarkraft eingesetzt sei und diese durch die Elternbeiträge finanziert werde.

Sachkundiger Bürger Krawanja erkundigte sich, ob die Angebote des Mehrgenerationenhauses eine freiwillige Leistung wären, wenn die Förderung wegfallen sollte und wie man in dieser Situation verfahren werde.

Bürgermeister Jungnitsch sagte, dass die Stadt Übach-Palenberg in diesem Fall früh genug kreativ werden würde und nach Alternativen und Lösungsansätzen suchen würde.

Ausschussvorsitzender Overländer bedankte sich bei Frau Linden-Mahr für den hervorragenden Vortrag und stellte fest, dass das Mehrgenerationenhaus sehr vielseitig genutzt werde. Für die Zukunft wünschte er ihr weiterhin viel Erfolg und dass die gesetzten Ziele in Erfüllung gehen werden.

Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es lagen keine Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters vor.

Stadtverordneter Josef Fröschen stellte die Anfrage der CDU-Fraktion. Er erklärte, dass bei einem Treffen aller Seniorenvereine in Frelenberg die Frage aufgekommen sei, in wie weit die Seniorenvereine, aufgrund der neu erlassenen Satzung, in dem Seniorenbeirat mitwirken könnten, beziehungsweise eingebunden werden würden.

Verwaltungsangestellter Dörr erklärte, dass die neue Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat am 02.12.2010 in Kraft getreten sei. Mit einem Schreiben vom 03.02.2011 seien die Fraktionen dazu aufgefordert worden, Vorschläge für die Besetzung des Seniorenbeirats zu äußern. In Kürze werde die Verwaltung auch verschiedenen Vereinen und Gruppierungen, die in der Arbeit mit älteren Menschen und/oder Menschen mit Behinderungen tätig seien, anschreiben, da diese gemäß der Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat auch ein Vorschlagsrecht hätten. Zu diesen Vereinen würden natürlich auch alle Invaliden- bzw. Seniorenvereine gehören. Die Mitglieder des Senioren- und Behindertenbeirates würden dann später aus den Vorschlägen ausgewählt und vom Rat der Stadt Übach-Palenberg berufen werden. Dies werde in etwa im April oder Mai erfolgen. Die Mitglieder des Beirates würden für die Dauer der Kommunalwahlperiode berufen werden.

Ausschussvorsitzender Overländer schloss um 18.30 Uhr die öffentliche Sitzung.

Overländer
Ausschussvorsitzender

Gündling
Schriftführer